



Grünliberale Partei Schweiz  
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport  
Delegierter des Chefs VBS für Air2030  
Bundeshaus-Ost  
3003 Bern

Per E-Mail an: [christian.catrina@gs-vbs.admin.ch](mailto:christian.catrina@gs-vbs.admin.ch)

20. September 2018

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: [schweiz@grunliberale.ch](mailto:schweiz@grunliberale.ch)

## Stellungnahme der Grünliberalen zum Planungsbeschluss zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrter Herr Dr. Catrina

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zum Planungsbeschluss zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Die Grünliberalen stehen zu einer modernen, agilen und kosteneffizienten Milizarmee und unterstützen, dass die Mittel zum Schutz des Luftraums durch ein Gesamtsystem der bodengestützten Luftverteidigung und neue Kampfflugzeuge erneuert werden sollen. Sie begrüssen, dass die Beschaffung auf der Grundlage eines referendumsfähigen Planungsbeschlusses erfolgen soll. Das vom Bundesrat vorgeschlagene maximale Finanzvolumen von 8 Milliarden Franken ist aus Sicht der Grünliberalen an der oberen Grenze angesetzt und darf nur in ausserordentlichen Umständen erhöht werden.

Die Grünliberalen fordern realistische und technologisch zeitgemässe Anforderungen an die Waffensysteme. Die Typenwahl sollte wenn immer möglich die technische Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarländern im gemeinsamen Luftraum fördern.

Die Frage, ob Offset-Verträge zustande kommen, darf beim Typenentscheid keine überragende Rolle spielen. Vielmehr müssen das Erreichen der technischen Anforderungen und die Zukunftsfähigkeit der Systeme gesichert sein.

Der Bundesrat schlägt in Form eines referendumsfähigen Planungsbeschlusses die Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums vor. Konkret soll die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und Systeme zur bodengestützten Luftverteidigung so geplant werden, dass die Erneuerung 2030 abgeschlossen ist. Das Finanzvolumen soll dabei gemäss Vorentwurf auf maximal 8 Milliarden Franken festgelegt werden. Der Bundesrat stellt in Aussicht, dass die konkreten Beschaffungen dem Parlament in einem oder mehreren Rüstungsprogrammen vorgelegt werden.

Die Grünliberalen stehen zu einer modernen, agilen und kosteneffizienten Milizarmee. Damit die Armee dem verfassungsmässigen Auftrag der Landesverteidigung nachkommen kann, benötigt sie die Mittel, um den Luftraum schützen zu können. Die Grünliberalen sind der Meinung, dass die heute verfügbaren Mittel vor allem bei der bodengestützten Luftverteidigung veraltet sind. Seit der Ausserdienststellung der Lenkwaffe „Bloodhound“ im Jahre 2001 kann der Schutz des oberen Luftraumes nur noch durch die in die Jahre gekommenen Kampffjets

F/A-18 „Hornet“ und die am Ende ihrer Einsatzzeit befindlichen F-5 „Tiger“ gewährleistet werden. Daher unterstützen die Grünliberalen die Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums durch ein Gesamtsystem der bodengestützten Luftverteidigung (Bodluf) und eine Einflottenstrategie bei den neuen Kampfflugzeugen (NKF).

Ebenso begrüßen die Grünliberalen, dass zur Beschaffung ein referendumsfähiger Planungsbeschluss vorliegt. Das entspricht der Forderung von Nationalrat Beat Flach in seiner Motion 18.3046. Für dieses Vorgehen sprechen mehrere Gründe: Aus demokratiepolitischer Sicht ist wichtig, dass sich das Volk frühzeitig zur Beschaffung und den damit verbundenen hohen Kosten äussern kann. Weiter schafft der Planungsbeschluss Transparenz, indem die Beschaffung aufgrund einer Gesamtschau über die erforderlichen technischen und personellen Mittel erfolgt. Auf diese Weise werden nicht die Fehler früherer Beschaffungsversuche wiederholt. Die Beschaffung des Kampffjets „Gripen“, die von den Grünliberalen an vorderster Front erfolgreich bekämpft wurde, ist vor allem daran gescheitert, dass kein realistisches und erprobtes Waffensystem vorlag und dass eine Gesamtschau fehlte.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene maximale Finanzvolumen von 8 Milliarden Franken für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und die Modernisierung der Bodluf ist aus Sicht der Grünliberalen an der oberen Grenze angesetzt. Zudem sind die 8 Milliarden innerhalb des ordentlichen Armeebudgets bereitzustellen. Erhöhungen des Globalbudgets von 5 Mia. werden die grünliberalen nur in ausserordentlichen Fällen akzeptieren.

Die Anforderungen an die Kampfflieger sollen realistisch sein, und die Typenwahl soll sich an den Aufträgen bzw. realistischen Einsatzszenarien orientieren und nicht an den Maximalwünschen des Militärs. Die Politik soll die Vorgaben machen, und die Experten sollen die Auswahl der Waffensysteme treffen. Daher ist es richtig, nicht einen bestimmten Flugzeugtyp vorzugeben wie bei der Gripen-Beschaffung. Die Wahrung der Lufthoheit, die defensive Leistungsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit sollen im Vordergrund stehen. Zudem ist bei der Beschaffung die Möglichkeit der technischen Nachrüstung angemessen zu berücksichtigen. Da die (Weiter-)Entwicklung von Kampfflugzeugen extrem teuer ist, muss gewährleistet sein, dass der Lieferant möglichst auch in 30 Jahren in der Lage ist Kampfwertsteigerungen bzw. mühelos in die Schweizer Luftwaffe integrierbare Nachfolgemodelle zu entwickeln. Die Typenwahl sollte zudem wenn immer möglich die technische Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarländern im gemeinsamen Luftraum fördern.

Bei der Beschaffung der Bodluf ist darauf zu achten, dass die Waffensysteme allwetter- und nachtauglich sind und in Ergänzung zu den neuen Kampfflugzeugen jederzeit eingesetzt werden können und damit ein vollkompatibles Gesamtsystem mit möglichst hoher Resilienz bilden. Dies war beim vom Bundesrat sidierten ersten Beschaffungsvorhaben nicht gewährleistet.

Gemäss Vorentwurf sollen ausländische Firmen, die Aufträge erhalten, verpflichtet werden 100 Prozent des Vertragswertes durch Gegengeschäfte in der Schweiz kompensieren. Die Grünliberalen sind der Auffassung, dass die Frage, ob Offset-Verträge zustande kommen, beim Typenentscheid keine überragende Rolle spielen darf. Vielmehr müssen das Erreichen der technischen Anforderungen und, wie bereits erwähnt, die Zukunftsfähigkeit der Systeme gesichert sein. Offset bietet keine Gewähr für diese beiden Anforderungen. Wenn Offset zustande kommt, sollen die Lieferanten verpflichtet werden Spitzentechnologie und Know-how an Schweizer Unternehmen weiterzugeben. Das soll es der Schweiz auch in Krisenzeiten ermöglichen, unabhängig vom Ausland die beschafften Waffensysteme zu produzieren, zu warten, einzusetzen und auch, wenn notwendig, weiterzuentwickeln.

Die Grünliberalen nehmen im Übrigen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die von Alt Nationalrat Roland Fischer eingereichte Motion 15.3709 (Neue Strategie für die Luftwaffe), trotz damaliger Ablehnung durch den Bundesrat, im Bericht „Luftverteidigung der Zukunft“ nun umgesetzt wurde. Es wurden die geforderte Gesamtauslegeordnung durchgeführt und aufeinander abgestimmte Systeme je nach Szenarien beschrieben. Besonders die Ausarbeitung verschiedener Varianten und Alternativkonzepte durch die Expertengruppe Neues Kampfflugzeug wird begrüsst.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Kommissionsmitglied, Nationalrat Beat Flach, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Grossen', with a long horizontal flourish extending to the right.

Jürg Grossen  
Parteipräsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Ahmet Kut', with a long horizontal flourish extending to the right.

Ahmet Kut  
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion